

# Die Meinung

Zeitung der DKP Wedel

Januar

42. Jahrgang

2011

## Elbhochufer: Neuer Besitzer verspricht Sanierung Kaputtbesitzer flieht aus der Verantwortung

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir über eine Versammlung von Mietern der Häuser Pulverstraße 70 bis 88 und Hellgrund 2 – 6, die auf Einladung des Mietervereins Wedel und der Partei „Die Linke“ öffentlich gegen die skandalösen Missstände in ihren Wohnungen und an den Fassaden Häuser protestierten. Erstmals waren ein Anwalt und ein Vertreter des Vermieters erschienen, die den krampfhaften Versuch machten, die empörten Mieter zu beschwichtigen und zu vertrösten. Die Vermieter standen ganz offensichtlich mit dem Rücken zur Wand und es zeigte sich: In die Öffentlichkeit zu gehen, ist immer

noch wirksamer als nur Briefe zu schreiben.

Mittlerweile haben sich – was zu vermuten war – die (bis zuletzt anonym gebliebenen Kaputtbesitzer) ihrer Verantwortung durch den Verkauf der Häuser entzogen. Alle Versprechungen, die katastrophalen Zustände zu ändern, erwiesen sich als reines Täuschungsmanöver. Das hat die DKP Wedel wiederholt Zeitung vorher gesagt (wir berichteten). Kaum ist der vorige Besitzer der Häuser, dem niemand eine Träne nachweint, mit Gestank verschwunden, verkündet der neue „Investor“, der von der Bauwerk Hamburg vertreten wird, im „Wedel- Schulauer

Tageblatt“, im kommenden Jahr werde nunmehr endlich saniert. „Umfangreich“, wie es in einer Mitteilung des „Bauwerk Hamburg“-Geschäftsführers heißt. Bisher wissen die Mieter darüber nichts Näheres. Die Mieter werden wachsam sein müssen, denn auch der neue Besitzer wird nicht aus lauter Selbstlosigkeit Geschenke verteilen. Meist verstehen Vermieter unter „Sanieren“ nichts anderes als Modernisieren, um dann nachher die Mieten nach oben schrauben zu können. Jetzt hört sich alles noch human an. Im Tageblatt wird der Geschäftsführer Huggle mit Hinweis auf die Fassadensanierung des Besitzes von

*Fortsetzung S 7*



### Auf ein Neues !

Wir wünschen allen  
Leserinnen und Lesern  
der „Meinung“,  
allen Bündnispartnern  
im Kampf für Frieden,  
Fortschritt und Sozialismus  
ein gesundes und erfolgreiches  
Neues Jahr.

DKP-Gruppe Wedel  
Redaktion „Die Meinung“



*Hochschulleitung und Studenten der FH Wedel kämpfen gemeinsam*

## Wedels Hochschule kämpft!

„Wedel kämpft“, so bezeichnen die Studenten der FH Wedel ihre Kampagne gegen die vom Land Schleswig-Holstein angekündigten und bereits begonnen Kürzungen. Zunächst die Fakten. Die FH Wedel bekommt seit 40 Jahren Unterstützung vom Land. In den letzten Jahren betrug der Förderbetrag 2,3 Millionen Euro. Geplant ist für den nächsten Doppelhaushalt nun lediglich eine Summe von 1,6 Millionen Euro. Also rund 0,7 Millionen weniger Fördermittel in den nächsten 2 Jahren.

Die Politiker in Bund und Land, auch die CDU/FDP Landes-regierung in Kiel, betonen immer wieder, dass die Bildung unser höchstes Gut sei und das daran nicht gespart werden dürfe. Diese Aussagen stehen in krassem Konflikt zu den Tatsachen.

Das Land begründet seine Kürzungen damit, dass gespart werden müsse. Dieses Argument wurde in den letzten Jahren immer mal wieder benutzt, doch jedes Mal konnte die Fachhochschule die geplanten Kürzungen mit eigentlich sehr einleuchtenden Begründungen aus der Welt schaffen. Einige Beispiele: Erstens ist ein Student an der FH Wedel aus Sicht der Gesamtkosten viel billiger als ein Student an staatlichen Einrichtungen. U n d zweitens zahlt das Land von d i e s e n Gesamtkosten gerade mal etwas über die Hälfte. Schließlich

zahlt der Student ja auch Studiengebühren. Das macht ein Wedeler Studium für das Land noch mal sehr viel günstiger.

Mal ganz davon abgesehen, dass die FH Wedel dringend benötigte Fachkräfte für den Arbeitsmarkt ausbildet.

Die Hochschulleitung und die Studenten der FH Wedel kämpfen, um





die geplanten Kürzungen zu verhindern. Allerdings hat die Landesregierung angekündigt, dass die Kürzungen auf jeden Fall kommen werden. Daher ist es für den Erhalt der FH Wedel unabdingbar, dass der Umfang der Kürzungen verringert und über einen längeren Zeitraum gestreckt werden muss. In zwei Jahren 700.000 Euro aus anderen Quellen aufzubringen, wie z.B. durch Stipendien und Förderung durch den Bund bzw. die Industrie ist nicht möglich.

Einen Erfolg für die Studenten gibt es schon: Aufgrund der Proteste wurde angekündigt, die geplanten Kürzungen zu halbieren. Allerdings ändert dies nichts an der Tatsache, dass die FH Wedel gezwungen ist, ihre bislang

*Die FH soll von  
Fischköppen zur Sau  
gemacht werden,  
jedenfalls nach der  
Vision der Kieler  
Koalition  
Die Millionen für die  
Bildung  
sind leider schon im  
Eimer  
der HSH-Nordbank*

recht günstigen Studiengebühren um 30% zu erhöhen. Dies ist nicht im Interesse der Hochschule, dennoch hat sie keine andere Wahl, denn die Kosten müssen gedeckt werden.

Es wäre eine Schande, wenn die FH Wedel aufgrund von schlecht durchdachten Sparplänen insolvent gehen würde. Vor allem da Bildung von der Politik für sehr wichtig erklärt wird. Weitere Informationen bekommen sie

auf

[www.wedel-kaempft.de](http://www.wedel-kaempft.de).

Außerdem hat die FH Wedel auf ihrer Website

[www.fh-wedel.de](http://www.fh-wedel.de)

eine Unterschriften-Aktion gestartet, an der sich jeder beteiligen kann, der die FH unterstützen möchte.

Malte W.





# IG Metall schmückten

**Kundgebungen und Arbeitsniederlegungen  
2500 Arbeiter und Angestellte aus 19 Betrieben der Kreise**

2.500 Arbeiter aus 19 Betrieben der Kreise Pinneberg und Steinburg folgten am 10. November dem Aufruf der IG Metall und des DGB zu Arbeitsniederlegungen, um gegen die unsoziale Politik von Bundes- und Landesregierung und gegen die Rente mit 67 zu protestieren. Wie schon im Jahre 2008 während eines Streiks der „Mölleraner“ schmückten die Fahnen der IG Metall den Roland auf dem Marktplatz, wo sich ein Kilometer langer Auto-Konvoi zur Fahrt durch den Kreis zur Kundgebung vor Autoliv in Elmshorn bildete.

Die große Beteiligung der Gewerkschaftler an der Protestaktion sei ein Beleg dafür, dass die Kolleginnen und Kollegen im Sinne der Losung nicht

bereit sind, für die Lasten der Krise zu bezahlen, sagte Peter Albrecht, Vorsitzender des DGB-Ortsverbandes Wedel.

Deutliche Worte fand in seiner Rede in Elmshorn der IG Metall-Bevollmächtigte Uwe Zabel: „Die schwarz-gelbe Bundesregierung und ihr verfassungswidriges Pendant in Schleswig-Holstein haben Haushalte geschnürt, die die Verursacher der Finanzkrise schonen und die Opfer der Krise belasten. Wir haben Banken und Konzerne finanziert als Folge des Kollapses des Finanzmarktkapitalismus. Damit muss Schluss sein.“ Und Klaus Brüggemann, Betriebsratsvorsitzender von Autoliv, erklärte: „Wir zahlen nicht für eure Krise



ViSdP:  
Günther Wilke, Tel 3486

# IG-Mitglieder besetzen den Roland

**Niederlegungen am Protesttag.  
Pinneberg und Steinburg folgten dem Aufruf der IG Metall**

– Nein zu Altersarmut und Nein zur Rente mit 67.“ Die Metaller würden weiter Druck von unten machen für einen Kurswechsel in der Politik. „Statt Arbeitslose und Familien zu bestrafen, sollen endlich die Verursacher der Krise zahlen“, sagte Brüggemann unter dem starken Beifall der Metaller. Viel Beifall erhielt auch Uwe Zabel, als er in

seinem Schlusswort auf der Kundgebung das Recht auf politischen Streik forderte und ausrief: „Wir können auch griechisch und französisch. Unser Protest ist legitim und notwendig gegen die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich und gegen soziale Ungerechtigkeit.“ Zabel forderte die Beschäftigten zu Solidarität und Geschlossenheit im



Kampf für soziale Gerechtigkeit auf. Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Aktionen der IG Metall war klar: Es muss auch im nächsten Jahr weitergehen, damit die Wirkung des „heißen“ Herbstes nicht verpufft.

ViSdP:  
Günther Wilke, Tel 3486

Fotos:  
U.Zabel IG-Metall Unterelbe 7  
W.Jasker 4



# Wenn Herr Kissig Rot sieht

...alles nur weil die „Schmähschrift der DKP“ CDU Verhalten öffentlich machte

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Ratsversammlung, Kissig, wetterte in der vorletzten Sitzung gegen unsere Zeitung, die er eine „Schmähschrift der DKP“ nannte. Was war geschehen, dass Kissig plötzlich rot sah und wild um sich schlug?

„Die Meinung“ hatte öffentlich gemacht, was in der Berichterstattung der Tagespresse untergegangen ist: die CDU-

nicht sein kann, was nicht sein darf“, sollte wenigstens die Fraktionsvorsitzende der Linken, Astrid Sawatzky, von der Verwaltung noch eins mitbekommen. Nach Meinung von Kissig hätte die Stadtpräsidentin als Vorsitzende des Rates die Aufnahme in die Tagesordnung trotz Ratsbeschlusses widersprechen müssen, weil „objektiv betrachtet, keine Dringlichkeit vorlag“.

nahme der Verwaltung lapidar. Der CDU-Fraktionsvorsitzende brauchte aber offenbar Nachhilfeunterricht und hat sich entsprechend blamiert. Und sollte er gar die Frage stellen, ob unsere Zeitung ihre Meinung so einfach schreiben darf, so lautet die Antwort: Sie darf, denn freie Meinungsäußerung ist grundgesetzlich geschützt. Diese Belehrung ist kostenlos. Wi.



Fraktion verhinderte mit ihren Stimmen die Behandlung eines Dringlichkeitsantrages der Linken, in einer Resolution gegen die beabsichtigte Schließung des Frauenhauses durch die CDU/FDP – Landesregierung zu protestieren. Die Resolution konnte nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung nur mit einer Zweidrittelmehrheit behandelt werden. Da die CDU aber geschlossen abstimmte, scheiterte das Anliegen der Linken.

Was Herr Kissig indessen nicht verhindern konnte, waren die Proteste in der Bevölkerung gegen den Plan der Landesregierung. Unter dem Druck der Öffentlichkeit stimmte der Sozialausschuss der Stadt Wedel einstimmig für den Fortbestand des Frauenhauses. Kissig wollte aber immer noch nicht klein begeben. Und ganz im Sinne des Morgenstern-Gedichts „Und so schloss er messerscharf, dass

Gegen diesen Vorwurf, der ein Licht auf das Demokratieverständnis des Herrn Kissig wirft, antwortete die Verwaltung: „Gegen die Aufnahme in die Tagesordnung gibt es ein solches Recht nicht. Nur wenn unter diesem Tagesordnungspunkt Beschlüsse gefasst werden, ergibt sich nach § 43, Abs. 1 GO eine Verpflichtung des Bürgermeisters, diesem zu widersprechen. Dritte, z.B. Fraktionen, Ausschüsse oder einzelne Gemeindevertreter haben keinen Anspruch auf Erhebung eines Widerspruchs.“

Astrid Sawatzky konnte auch nicht dafür gerügt werden, dass sie ihren Dringlichkeitsantrag erst kurz vor der Ratssitzung verteilte und nicht schon im Ältestenrat vorgetragen hatte, wie der wackere Herr Kissig meinte. „Das Verfahren, wie mit Dringlichkeitsanträgen umzugehen ist, ist allen Beteiligten bekannt“, heißt es in der Stellung-



*Das wir in einer so  
jammervollen Gegend  
groß wurden,  
haben wir Gott sei Dank  
erst viel später gemerkt.  
(Jan Stenmark)*



# Dioxin-Skandal ist nur die Spitze des Eisbergs

Um des Profits willen werden Krankheit und Tod in Kauf genommen

Daran gibt es keinen Zweifel: Der Futtermittelskandal, der zurzeit die Öffentlichkeit in der gesamten Bundesrepublik von Nord nach Süd beschäftigt, ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Firma Harles und Jentzsch in Uetersen, die Dioxin-verseuchte Industriefette ins Futter gemischt hat, hat doch nichts anderes getan als Hunderte andere Unternehmen auch. Was schert sie die Gesundheit von Millionen von Menschen? Ihnen geht es einzig und allein um den Profit. Das Ausmaß der Katastrophe ist so groß, dass sich sogar der Bundestag in einer Sondersitzung mit dem Thema beschäftigen will. Dort wird vielleicht ein Zipfel der Decke geliftet, mit der alle bekannt gewordenen Lebensmittelskandale in der Vergangenheit immer wieder zudeckt wurden.

Das entlastet die Firma Harles & Jentzsch überhaupt nicht. Die verantwortlichen Firmeneigentümer und Geschäftsführer müssen vor Gericht gestellt und hart bestraft werden.

Alle wussten Bescheid, wie giftig Dioxin ist, zumal in Uetersen, in dem es wegen der Verseuchung des Bodens durch Klärschlamm von der Papierfabrik Stora-Enso lange öffentliche Debatten gab.

Zur Diskussion vor Ort hat in den letzten Tagen Blutkrebs-Patient Peter Heyckendorff aus Hamburg beigetragen, der – unterstützt von seiner Freun-

din und Marianne Wilke aus Wedel – eine Mahnwache vor dem Fabriktor abhielt und in eigens hergestellten Flugblättern auf die gesellschaftliche Brisanz des Skandals hinwies. Heyckendorff wurden vor sechs Monaten im Universitätskrankenhaus Hamburg - Eppendorf Stammzellen eines unbekanntes Spenders implantiert. Er hat sich intensiv mit diesem Problem beschäftigt. In seinem Flugblatt schreibt er: „Ob Asse, Krümmel, Atomumschlag im Hafen oder die Verarbeitung von Giften in Nahrungsmitteln es läuft immer wieder auf dasselbe hinaus: Rücksichtslos werden Risiken für Leib und Leben von Menschen in Kauf genommen, nur damit die `Kohle stimmt`. „Das Problem muss endlich politisch angegangen werden“, sagt Heyckendorff. Sicherheitsauflagen und Kontrollmechanismen müssten revidiert werden. Es müsse außerdem im Bundestag zur Sprache kommen, dass die staatlichen Mittel für Forschung und Therapie ständig gekürzt werden. So mussten Ärzte, Pro-

fessoren und der Förderverein des Universitätskrankenhauses die Hälfte der Umzugskosten für die Stammzellen-Transplantationsklinik in Höhe von 1,5 Millionen Euro selbst sammeln, um bessere Arbeitsbedingungen zu bekommen und die Zahl der zu behandelnden Patienten zu erhöhen, damit künftig 320 Patienten jährlich behandelt werden können statt bisher 160.

Das Beispiel werfe ein Schlaglicht darauf, wie der Staat unverantwortlich und menschenfeindlich handelt. Er hofft darauf, dass die in Gang gekommene Debatte nachhaltige Wirkung zeigt. „Wer jetzt nicht aufsteht und sich wehrt, lebt wirklich verkehrt“, so Heyckendorff.



## ...Kaputtbesitzer flieht aus der Verantwortung

Fortsetzung v. S 1

Erika von Bruch zitiert: „Nur deshalb haben wir die Häuser auch gekauft: Weil wir dort gesehen haben, was man damit machen kann.“ Der Beginn der Sanierungsarbeiten soll im Frühjahr 2011 sein. Das Investitionsvolumen soll 7,5 Millionen betragen. 2012 soll die Fassade durch ein Wärmedämmung-Verbundsystem ersetzt werden. Fenster und Gasheizung will der neue Eigentümer erneuern. Sicher, so der Geschäftsführer weiter, werde es Mieterhöhungen geben, aber moderat, was immer darunter zu verstehen ist.

Bürgermeister Niels Schmidt äußerte

sich in der Presse, nach seiner Überzeugung könne es nur besser werden. Er werde möglichst schnell Kontakte zum neuen Eigner suchen, der übrigens noch eine weitere Immobilie in Wedel erworben hat, das Gebäude Bahnhofstraße 60 bis 62, in dem sich außer einer Apotheke, einem Juwelier noch zwölf weitere Wohnungen befinden. Dort will Huggle von Bauwerk Hamburg ebenfalls energetische Sanierungen und einen Dachausbau vornehmen lassen.

Wir werden uns weiter öffentlich für die Interessen der geplagten Mieter

des Elbhochufers einsetzen. Aber empfehlenswert ist auch der Ratsschlag, den Mietereinsprechender Wolfram Jasker in einem Leserbrief zu einem Pinneberger Fall gab:

„Bei Vermietern hilft nur eines: „Die Mieter müssen sich zusammenschließen und am besten in den örtlichen Mieterverein gehen, um sich sach- und fachkundig vertreten zu lassen.“

Nur so und durch Herstellung von Öffentlichkeit können sich die Bewohnerinnen und Bewohner schützen, wie am Beispiel Pulverstraße / Hellgrund abzulesen ist.

Wedeler an der Befreiung Helgolands beteiligt

# Helgolandgeschichte verfälscht

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) und in den Printmedien des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages (u.a. WST und PT) erschienen im Dezember große Artikel über die

Aktionen zur Befreiung der Insel Helgoland vor 60 Jahren. Nach Kriegsende hatte die britische Besatzungsarmee die Einwohnerschaft vertrieben und die Insel zum Bombenziel auserkoren. Es waren junge Deutsche, die auf Helgoländer Fischkuttern heimlich auf die Insel fuhren und auf dem Flakbunker ihre Flaggen hissten. Die ersten waren die Studenten Rene Leudesdorff und Georg von Hatzfeld. Sie hissten auf der Insel die Europa-Flagge. Ihnen folgten fünf Delegationen von Jugendlichen, Mitglieder der Freien Deutschen Jugend, Gewerkschaftsjugend, „Falken“, „Naturfreunden“, der Guttemplerjugend und anderer Organisationen. Sie waren Antimilitaristen, ihr Symbol war die Friedenstaube von Pablo Picasso. Fünf bunt gemischte Delegationen hatten sich zusammengefunden. Zur ersten gehörte der Kunststudent Hans-Peter Götttsche aus Wedel. An der zweiten nahm Marianne Wilke, damals noch Marianne Lehmann, von der Guttemplerjugend teil. Sie wohnt seit 1952 in Wedel.

Bis heute wird die Befreiung Helgolands einzig den beiden Studenten zugeschrieben. Rene Leudesdorff wurde für seine Tat jüngst besonders geehrt. Die anderen werden von den Medien glatt „übersehen“, Es darf eben nicht sein, dass auch Kommunisten von der bundesdeutschen Geschichtsschreibung Lorbeerkränze gewunden werden. Da nimmt man allzu gern Geschichtsverfälschung in Kauf.

Die Wedelerin Marianne Wilke hat der linken Tageszeitung „Junge Welt“ (die korrekt berichtete) im Dezember einen Leserbrief geschrieben, in dem es heißt: „Ich gehöre zu den „Invasorinnen“ und „Invasoren“, die im Jahr 1951 mit wiederholten Landungen das Ende der Bombardierungen auf Helgoland und die Rückgabe der Insel an ihre Bewohnerinnen und Bewohner

erzungen haben. Vom britischen Militärgericht wurde ich wegen „unbefugten Betretens der Insel Helgoland“ zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. 14 Tage Untersuchungshaft, die ich in Kiel verbüßte, wurde auf die Strafe angerechnet.

Leider macht sich nicht nur die FAZ der Geschichtsverfälschung schuldig sondern auch die Gemeinde Helgoland, die bis heute nur die Europa-Aktion der Studenten Leudesdorff und Hatzfeld würdigt, unsere Landungen auf der von der Royal Air Force schwer verwüsteten Nordsee-Insel verschweigt. Ein einziges Mal hat die Gemeinde Helgoland den Versuch gemacht, die geschichtliche Wahrheit an die Öffentlichkeit zu bringen. Am 31.1.1991 erhielten wir vom damaligen Bürgervorsteher Horst Heikens eine Einladung zum 1. März 1991 an den Feiern zum 40. Jahrestag der Wiederfreigabe Helgolands teilzunehmen. Am 12.2.1991 wurden wir wieder eingeladen. Offizielle Begründung, es hätten sich leider nur sehr wenige Invasoren gemeldet.

Über die wirklichen Gründe für unsere Ausladung braucht man wohl nicht lange zu rätseln. Es darf nach herrschender antikommunistischer Geschichtsschreibung eben nicht sein, dass Kommunisten unter dem Symbol der Picasso-Taube für die Befreiung der Nordseeinsel gekämpft haben.

Es ist längst überfällig, die Geschichte der fünfziger Jahre aufzuarbeiten, um unter anderem mit dem **v e r o r d n e t e n** **A n t i k o m m u n i s m u s** aufzuräumen

Zerstörte Kathedrale von Coventry  
Picassos Friedens-taube  
Helgoland 1952  
Bombensprengung auf Helgoland 2006



Lange Anna und die rote Insel

